

# HANNOVERSCHE VOLKSBLATT

Zeitung der **DKP** Hannover, Dezember 2017

[www.dkp-hannover.de](http://www.dkp-hannover.de)



## Karstadt-Kaufhof Kapitalistisches Geschachere auf dem Rücken der Beschäftigten

Der österreichische Karstadt-Eigentümer und Immobilienspekulant **Rene Benko** hat dem kanadischen Kaufhof-Mutterkonzern **Hudson Bay Company (HBC)** ein Kaufangebot von ca. 3 Milliarden Euro gemacht. HBC hatte die Warenhauskette erst 2015 für 2,8 Milliarden Euro von dem Düsseldorfer **Metro-Konzern** übernommen.

Die Übernahme von Kaufhof durch Karstadt wäre der Schlusspunkt einer jahrelangen Übernahme- und Vernichtungsschlacht in der Einzelhandelsbranche: Von einst vier großen Anbietern (Karstadt, Kaufhof, Hertie und Horten) bliebe noch ein Anbieter übrig, der gegenüber Ketten wie Primark, H&M und anderen Einkaufszentren konkurrieren würde. Wenn immer weniger Anbieter sich den Markt aufteilen, nennt man das Monopolisierung - eine typische Erscheinung im modernen Kapitalismus.

Dem Immobilienspekulanten Benko geht es in erster Linie um die lukrativen Innenstadt-Lagen der Warenhäuser, die mit ca. 2,7 Milliarden Euro bewertet werden. Dass dabei bis zu 10.000 Arbeitsplätze von den jetzt noch 40.000 verloren gehen, wird eiskalt mit einkalkuliert. Denn es ist absehbar, dass an

Standorten an denen es derzeit Kaufhof und Karstadt gibt, jeweils ein Haus geschlossen wird. Mindestens jedes dritte der 180 Warenhäuser ist daher von Schließung bedroht. Desgleichen werden absehbar die zwei bestehenden Verwaltungen zu einer gemeinsamen zammengelegt.

**Die Beschäftigten waren dabei immer nur Spielball und die Leidtragenden.**

Nachdem Karstadt sich den Neckermann-Versand und danach Hertie einverleibte, danach auch noch das Versandhaus Quelle, musste 2009 Insolvenz angemeldet werden - man hatte sich übernommen. 2010 übernahm der Miliardär **Nicolas Berggruen** Karstadt zu einem Spottpreis aus der Insolvenz und verkaufte schon vier Jahre später an **Rene Benko**. Obwohl dieser von HBC die Kaufhauskette erwerben will, hat er gleichzeitig seine Karstadt-Luxuskaufhäuser **KaDeWe** in Berlin, **Oberpollinger** in München und das **Alsterhaus** in Hamburg an die thailändische **Central Group** der reichsten thailändischen Familie **Chirathivat** (geschätztes Vermögen 13 Milliarden Dollar) verkauft.

*weiter Seite 4*

### Zur internationalen Luxemburg- Liebknecht-Lenin- Demonstration 2018

*Vor hundert Jahren, 1918, war das Jahr der Novemberrevolution in Deutschen Reich. Ein Jahr nach der Oktoberrevolution in Rußland unter Lenin war mit der Ausrufung der Republik und der Abdankung des Kaisers der Weg frei für die erste demokratische Republik. Wesentlichen Anteil daran hatten die Arbeiter- und Soldatenräte und die Spartakusgruppe um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die spätere Kommunistische Partei Die russische und die deutsche Revolution beendeten den ersten Weltkrieg. Sie waren Revolutionen für den Frieden und für Demokratie.*

*Heute sind Frieden und Demokratie wieder bedroht. Die Nato hat sich seit 1990 bis an die Westgrenze des heutigen Rußland ausgedehnt. Dort stehen wieder deutsche Panzer und Soldaten. In Polen werden amerikanische Raketen stationiert,*

*weiter Seite 2*

**Sonntag, 14. Januar, Berlin:  
Demonstration ab 10.00 Uhr  
U-Bahnhof Frankfurter Tor zur  
Gedenkstätte der Sozialisten  
nach Berlin-Friedrichsfelde**

## Berufsverbote: Betroffene jetzt endlich rehabilitieren!

Vor 30 oder gar 40 Jahren wurde ihnen die Ausübung ihres Berufes als Lehrer, Sozialarbeiter, Arzt oder auch als Briefträger verboten. Aber auch jetzt, auch im Jahr 2017 werden zahlreiche der damals Betroffenen durch Benachteiligungen bei Renten und Pensionen weiterhin diskriminiert. Die Rede ist von Bewerber/innen für den Öffentlichen Dienst, die wegen ihrer gesellschaftskritischen Haltung mit Berufsverbot belegt wurden.

In Niedersachsen unter CDU/FDP-Führung von Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht wurde besonders rabiät gegen systemkritische Kräfte vorgegangen. „Rattenhafte Wütigkeit“ wurde der Landesregierung damals vom SPD-Fraktionsvorsitzenden, Karl Ravens, bescheinigt.

Zumindest der vorherige Landtag fasste 2015 zur behördlichen Willkür und zu den Berufsverboten einen auch für andere Bundesländer richtungs-

weisenden Beschluss. Man entschuldigte sich, und den damals politisch Verfolgten wird nun „Respekt und Anerkennung“ ausgesprochen. Schließlich wurde sogar eine Landesbeauftragte eingesetzt, mit der Zielstellung die Schicksale der Betroffenen aufzuarbeiten und Möglichkeiten ihrer Rehabilitierung zu erarbeiten.

Demnächst wird die Landesbeauftragte, Jutta Rübke (SPD), dem Landtag ihre Arbeitsergebnisse präsentieren. Ob und wie es dann weitergeht, ist zur Zeit noch äußerst ungewiss. Zumindest in den kürzlich von SPD und CDU ausgehandelten Koalitionsvertrag wurde das Thema nicht aufgenommen.

Fest steht, dass es jetzt dringenden Handlungsbedarf gibt. Das geschehene Unrecht gegenüber den Betroffenen erfordert moralische, politische und auch finanzielle Rehabilitierung und darf nicht auf die lange Bank geschoben werden. Aussitzen oder Ignorieren bringt da nicht weiter.

## Steintorplatz: Die Bebauung ist noch nicht vom Tisch!

Die Pläne von Stadtverwaltung, SPD und Grünen im Rathaus zur Bebauung des Steintorplatzes mit zwei sechsstöckigen Einkaufsblöcken wurden durch die Ergebnisse der Kommunalwahl 2016 jäh gestoppt. Per Wahlzettel wurde der rot-grünen Ratsmehrheit von der Bevölkerung klargemacht, dass die Beseitigung eines weiteren Innenstadtplatzes nicht hinnehmbar ist.

Allerdings sind die Konsequenzen, die aus der Wahlschlappe gezogen wurden, bislang eher zweifelhaft. Die versprochene „Bürgerbeteiligung“ lässt auf sich warten: Zumindest ein ganzes Jahr Stillstand ist da zu verzeichnen.

2018 soll es nun endlich mit der Bürgerbeteiligung losgehen: 500.000 Euro sind für den Beteiligungsprozess im städtischen Haushalt vorgesehen. Nach wie vor steht allerdings die Befürchtung im Raum, dass die unsinnige Bebauung des Steintorplatzes doch noch durchgedrückt werden soll. Vielleicht mit einem demokratischen Mäntelchen versehen, gibt's dann nur eine „halbe Bebauung“?!

Die Bevölkerung unserer Stadt wird wachsam bleiben müssen, damit der Innenstadtplatz nicht den Interessen von Spekulanten, Finanzinvestoren und anderen Profitsüchtigen geopfert wird. „Der Steintorplatz muss frei bleiben“ ist nach wie vor aktuell.

## Fortsetzung von Seite 1 Luxemburg-Liebknecht-Demo

*die gegen Rußland gerichtet sind. Die Rüstungsausgaben sollen auf 2% des Bruttoinlandproduktes steigen, das wären in Deutschland zukünftig 60-70 Milliarden Euro gegenüber heute fast 37 Milliarden. Gab es unter dem Bundeskanzler Willy Brandt noch eine Politik der Verständigung mit der damaligen Sowietunion, ist die Politik der heutigen Bundesregierung mit Billigung sowohl der SPD als auch der Grünen zu einer aggressiven Politik der Konfrontation übergegangen.*

*Die Demokratie ist ebenfalls bedroht. Fast unbeachtet von der Öffentlichkeit ist im Bundestag ein sogenannter Hauptausschuss eingerichtet worden. Da es zur Zeit keine ordentlich gewählte Regierung gibt, werden die Gesetze in diesem Ausschuss, dem nur 47 Abgeordnete angehören, zur Beschlussfassung vorbereitet; die anderen 660 Abgeordneten sind von diesen Beratungen ausgeschlossen. Das betrifft auch solche wichtige Beschlüsse wie die Kriegseinsätze deutscher Soldaten in Afghanistan, Mali und anderen Einsatzgebieten in der Welt*

*Karl Liebkecht und Rosa Luxemburg wurden für ihr konsequentes Eintreten für Frieden und Demokratie am 19. Januar 1919 von konterrevolutionären Freikorps-soldaten mit Billigung des damaligen SPD-Reichswehrministers Gustav Noske ermordet. Seit 1919, nur während der Nazizeit unterbrochen, demonstrieren jedes Jahr am zweiten Sonntag im Januar Tausende im Geiste der Ziele und Träume der Arbeiterbewegung, für die Karl und Rosa standen, durch die Straßen Berlins zum Grab der beiden Revolutionäre, zur Gedenkstätte der Sozialisten am Friedhof in Berlin-Friedrichsfelde.*

# Nur Reiche können sich eine arme Stadt leisten!

In Niedersachsen steigt die Quote der von Armut bedrohten Menschen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) betrachtet die Situation in Niedersachsen als äußerst kritisch. Durch Niedriglöhne und Mangel an Arbeitsplätzen steigt die Armutsquote enorm.

Lars Niggemeier vom DGB, einer der Sprecher der niedersächsischen Landesarmutskonferenz benennt: Jeder vierte Arbeitnehmer ist prekär beschäftigt infolge von Leiharbeit, Minijobs, Befristungen und Teilzeit unter zwanzig Stunden pro Woche. Flüchtlinge seien besonders häufig von Niedriglohn betroffen. 35 Prozent Nichtdeutsche seien im Vergleich zu 23 Prozent Deutschen mit einem Niedriglohn beschäftigt. Die Spaltung

unserer Gesellschaft verläuft aber nicht zwischen Flüchtlingen und Einheimischen, sie verläuft zwischen Arm und Reich.

**Kommunalpolitik muss der Verarmung entgegen steuern!**

**Das heißt, wir brauchen eine starke handlungsfähige Kommune für die Gewährleistung sozialer Belange!**

**Kein Ausverkauf des öffentlichen Vermögens, keine Privatisierung von städtischen Dienstleistungen und Grundstücken !**

Die Handlungsfähigkeit der Kommunen ist bereits massiv eingegrenzt worden, indem ihnen vom Bund mehr Aufgaben gesetzlich übertragen wurden ohne

entsprechende Mittelzuweisung. Für den Einsatz der Mittel bei den sogenannten freiwilligen Aufgaben im sozialen und kulturellen Bereich wurde die „Schuldenbremse“ verordnet. Am Gängelband der Kommunalaufsicht, durch das Diktat der Haushaltsbewilligung wird die kommunale Selbstverwaltung eingeschränkt und die Privatisierung wird vorangetrieben, öffentliche Vorhaben werden über ÖPP (Öffentlich-Private Partnerschaft) von sog. Finanzinvestoren realisiert. Die Mieten, die die Kommunen über 30 Jahre an die Privaten bezahlen, tauchen nicht als Kredite auf; sie sind verdeckte Schulden, in die Zukunft verlagert. Die Auslagerung städtischer Dienstleistungen führt dazu, dass die Leistungen der Ämter für die Bürger immer dürftiger werden.

**Kommunale Gesellschaften verschachern kommunale Grundstücke an Privatinvestoren!  
Für wen wird gebaut?**

Laut aktuellem Armutsbericht von zehn Sozialverbänden (März 2017) gelten fast 13 Millionen Bundesbürger als arm. Als „arm“ gilt, dessen Einkommen unter 50 Prozent des mittleren Haushaltseinkommens liegt. Mit einer Armutsquote von aktuell 15,7 Prozent ist ein neuer Höchststand erreicht. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbands: „Der Anstieg ist auch ein Zeichen politischen Versagens. Die Bundesregierung muss einsehen, dass Armutsbekämpfung nicht ohne Umverteilung zu haben ist.“

Das städtische Grundstück der Oststadtklinik (70.000 Quadratmeter) ging zum 1. Oktober diesen Jahres an *die Hanova (die stadteigene Gesellschaft für Bauen und Wohnen, früher GBH)*. Das Grundstück soll baufertig hergerichtet werden, um dann anschließend an private Investoren verkauft zu werden. Einen Teil der Fläche will Hanova selbst nutzen und bebauen. Wir werden sehen, für wen dort gebaut werden wird.

Auf dem Grundstück der einst städtischen Hautklinik in Linden baute *die Hannover-Region-Grundstücksgesellschaft* „hochpreisige Eigentumswohnungen. Kosten pro Quadratmeter: Bis zu 4.000 Euro 100 attraktive Wohnungen in den Ihmeauen“ (so die damalige Werbung) Der SPD-Bezirksratsherr Eike Geffers sah das gar nicht so kritisch: „... über die dann entstehenden Sickereffekte wird das den Markt beleben...“ weil durch den Umzug von Besserverdienenden in das höherpreisige Segment auch preiswerterer Wohnraum für weniger Begüterte frei wird.

**GroKo in Niedersachsen**

Die Niedersachsen-SPD hat es den Berlinern gezeigt, wie man eine Große Koalition mit der CDU hinkommt. Dass das zweite Kabinett Weil vom neoliberalen Geist geprägt ist und dadurch mit der CDU schnell handelseinig wurde, zeigt ein Blick in den sogenannten Koalitionsvertrag. Alle zukünftigen Regierungsvorhaben sind hier unter einen „Finanzierungsvorbehalt“ gestellt. Wenn Geld da ist, wird es gemacht, wenn nicht, dann eben nicht.

Das gilt für die versprochenen zusätzlichen 1000 Lehrerstellen (3000 wären nötig) und auch für die Beitragsfreiheit für Kindergärtenplätze. Diese ist an die Ko-Finanzierung durch die finanziell schon ausgebluteten Kommunen geknüpft. Nicht darunter fallen bezeichnender Weise die ersten 750 von insgesamt 3000 neuen Polizisten. Und auch der Verfassungsschutz soll mehr Personal, also auch mehr V-Leute als Spitzel bekommen. Erstes Fazit: Eine sozial ausgerichtete Politik sieht anders aus!

Fortsetzung von Seite 1

## Karstadt-Kaufhof

Eines wird bei diesen ganzen Käufen und Verkäufen der letzten Jahre deutlich: Solange die kapitalistischen Eigentümer schalten und walten können wie sie wollen, werden die Beschäftigten ihre Interessen nur durch kämpferische Aktionen durchsetzen können. Alle Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte und der Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten reichen nicht aus, die Kapitalseite allein durch Gespräche und Verhandlungen, durch Betriebsvereinbarungen und Tarifverträge in ihrem Profitstreben zu bremsen.

Dem seit Jahren mit wechselnden Eigentümern zu beobachtenden Geschacher auf Kosten der Beschäftigten muss mit betrieblichen und öffentlichen Protestaktionen der Beschäftigten, ihrer Gewerkschaft und den Betriebsräten begegnet werden. Außerdem zeigt sich am Beispiel Karstadt - genauso wie aktuell bei den Stahlarbeitern von Thyssen oder bei Siemens - dass den Betriebsräten und Aufsichtsräten ein Veto bei Betriebs-schließungen gesetzlich eingeräumt werden muss. Solange es diese gesetzliche Regelung nicht gibt, müssen die Beschäftigten selbst dafür sorgen!

## Abrüsten statt Aufrüsten!

Vor drei Jahren erklärten die NATO-Staaten auf ihrem Gipfel in Wales, bis 2024 ihre finanziellen Mittel für Krieg und Militär auf 2% ihres jeweiligen Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen. Bei einem Wirtschaftswachstum von zwei Prozent pro Jahr wären das in der Bundesrepublik im Jahr 2024 mehr als 70 Milliarden Euro.

Eine Riesensumme, die dort fehlt, wo sie wirklich gebraucht wird: Im Gesundheitswesen, in Schulen und Hochschulen, in den Renten- und Sozialkassen. Das Vorhaben scheint so wahnwitzig, dass die Bundesregierung es immer wieder bestätigen muss. Im Juni erklärte Merkel, dass das gemeinsame Ausgabenziel der NATO-Mitgliedstaaten „auf mittlere und längere Sicht nicht nur auf dem Papier stehen kann, sondern dass wir uns seiner annehmen müssen.“

Durch die Unterzeichnung des EU-Abkommens zur „ständigen strukturierten Zusammenarbeit“ – kurz PESCO – hat sich die derzeit geschäftsführende und wahrscheinlich zukünftige Regierungskoalition dazu verpflichtet, dass der Kriegshaushalt „real und regelmäßig“ wächst, wobei mindestens 20% in Neuinvestitionen fließen müssen. Mit PESCO will die EU und damit die Bundesrepublik vorneweg, dass die EU ihre eigenständigen militärischen Fähigkeiten ausbaut. Statt Aufrüstung wäre eigentlich massive Abrüstung angesagt. Doch gigantische Rüstungsprojekte werden angeschoben: Kampfdrohnen, neue Fregatten, das MEADS-Raketensystem.

Und auch personell wird aufgerüstet: Die Bundeswehr soll wieder auf 200.000 Personen vergrößert werden. Da kommen die Forderungen der US-Regierung nach mehr Militärausgaben der übrigen NATO-Staaten wie gerufen. Am transatlantischen Bündnis darf nicht gerüttelt werden – darin sind sich CDU/CSU/SPD/FDP/Grüne einig. Und auch die AfD hat sich zur NATO bekannt. Die NATO steht für den Konfrontationskurs gegen Russland. Über deutsches Territorium wurde in diesem Jahr der beispiellose NATO-Aufmarsch in Osteuropa abgewickelt, an dem die Bundeswehr selbst mit 500 Soldaten beteiligt ist.

## Aufruf „abrüsten statt aufrüsten“

im Internet unterzeichnen: <https://abruesten.jetzt>

### UZ - Bestellschein

Hiermit bestelle ich die **UZ - Unsere Zeit**, die Wochenzeitung der DKP, für mindestens ein Jahr. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis sechs Wochen vor Beendigung des Bezugszeitraumes schriftlich gekündigt wird.

- Normal-Abo (132,- Euro)
- 6-Wochen Probeabo gratis (endet automatisch)
- 3-Monats-Abo (10,- Euro)
- Online-Abo (96,- Euro)

Datum

Unterschrift

Rücktrittsrecht: Ich bin berechtigt, diese Bestellung innerhalb von 14 Tagen gegenüber dem CommPress Verlag, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen, schriftlich zu widerrufen.

2. Unterschrift

Bitte mit Absenderangabe an den CommPress Verlag senden.

### Termine und Aktionen der DKP Hannover

#### Stadtteilgruppe

Linden

nächste Treffen:

Montag,

11. Dezember

19.30 Uhr

Freizeitheim Linden,  
Windheimstr. 4

#### Stadtteilgruppe

Mitte

nächstes Treffen:

Montag,

18. Dezember

19.00 Uhr

DKP-Kreisbüro,  
Göttinger Str. 58

Wir laden ein zum  
**Roten Freitag**

immer freitags von

16 bis 19 Uhr

im DKP-Büro

Göttinger Straße 58

Wir laden ein zum  
**Jahresauftakt**  
**2018**

Samstag, 3. Februar

um 18.00 Uhr

im DKP-Büro

Göttinger Straße 58